

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **#BargainForTheBudget: Kommission legt konkrete Pläne für zukünftige EU-Regionalpolitik vor** 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- **Geplante Kilometer-Maut sorgt für Diskussionen** 3
- **Verabschiedung der neuen Entsenderichtlinie** 3

Rat der Europäischen Union

- **Salzburger Finanzskandal: Rat beschließt Strafzahlung für Österreich** 4
- **Ergebnisse des Rates für Wirtschaft und Finanzen** 4
- **Ergebnisse des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport** 5

Europäische Kommission

- **#BargainForTheBudget: Budgetdetails für die Bereiche Soziales und Bildung vorgelegt** 6
- **Entwurf des EU-Haushaltsplans 2019** 7
- **Kommission für umfangreiches Verbot von Einwegplastik** 7
- **KMU: Kommission will Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern** 7
- **Klimawandel: Kommission will Finanzwesen nachhaltiger machen** 8
- **Finale technische Bestimmungen für ein faires und betrugssicheres Mehrwertsteuersystem** 8

Sonstiges

- **4 % der EU-BürgerInnen im erwerbsfähigen Alter leben in einem anderen EU-Mitgliedstaat** 9

Laufende Konsultationen	10
Tagesordnungen der Institutionen	11
Impressum und Abbildungsverzeichnis	11

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

#BargainForTheBudget: Kommission legt konkrete Pläne für zukünftige EU-Regionalpolitik vor

Wie Anfang Mai angekündigt, veröffentlichte die Kommission am 29. Mai ihren Detailvorschlag zur EU-Regionalpolitik für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027.

Die Kommission hatte bereits in ihrem generellen Budgetvorschlag vom 2. Mai angekündigt, die EU-Regionalhilfen um 6,2 % auf weiterhin stattliche 373 Mrd. € reduzieren zu wollen, um Mittel für neue Herausforderungen wie den Außengrenzschutz freizumachen. In dem nun vorgelegten Detailvorschlag wird ausgeführt, wie genau sie die Regionalpolitik reformieren will.

Besonders zentral ist die geplante Anpassung der „Berlin-Formel“, die den Wohlstand einer Region in einen Index umwandelt und damit die Zuweisung der Mittel regelt. In erster Linie beruht diese auf dem BIP pro Kopf und zu kleineren Teilen auf weiteren wirtschaftlichen und sozialen Kriterien wie Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsdichte. Im neuen MFR soll die Formel zusätzlich die Bereiche Jugendarbeitslosigkeit, Bildungsniveau, Klimawandel sowie Integration von MigrantInnen berücksichtigen. Von dem neuen System würde vor allem die von Arbeitslosigkeit geplagte südliche Peripherie Europas profitieren, während stark aufholende Regionen in Osteuropa weniger Hilfen bekommen würden. Die Kommission will damit den neuen wirtschaftlichen Umständen Rechnung tragen, nachdem die EU-Regionalpolitik vor allem in Osteuropa große Erfolge zu verbuchen hatte, während der [Süden Europas](#) zunehmend ins Hintertreffen gerät.

Erhalten bleiben soll das Prinzip, dass wie bisher alle Regionen, die vor regionalspezifischen Herausforderungen stehen, NutznießerInnen der Regionalhilfen bleiben sollen. Somit sollen auch Regionen in reicheren Staaten wie Österreich weiterhin Unterstützung bei der Anpassung an den technologischen Wandel und der Modernisierung der Wirtschaft bekommen. Gleichzeitig plant die Kommission ein „Sicherheitsnetz“, nach dem jede Region weiterhin mindestens 70 % der bisherigen Mittel erhalten soll.

Ausbauen will die Kommission auch die Einbindung der lokalen und regionalen Behörden und deren Entwicklungsstrategien. Im Rahmen der neuen geplanten Europäischen Stadtinitiative sollen 6 % der Regionalhilfen in nachhaltige Stadtentwicklung fließen, um der zunehmend wichtigen Rolle von Städten in der Bewältigung von wirtschaftlichen und sozialen Problemen gerecht zu werden.

Außerdem plant die Kommission einen besseren Zugang zu den Mitteln durch die Vereinfachung der Vorschriften und einem einheitlichen Regelwerk für alle sieben Regionalfonds. Mehr fördern will die Kommission auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Interreg-Programme wie der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, wofür 9,5 Mrd. € bereitgestellt werden sollen. Diese Programme sollen vor allem einen Fokus auf Innovations- und Spezialisierungsinvestitionen legen, um in den Bereichen Big Data, Ressourceneffizienz und vernetzte Mobilität einen Innovationsvorsprung zu erlangen.

Weitere Vorgehensweise

Neben der Regionalpolitik veröffentlichte die Kommission inzwischen auch die Detailvorschläge für die Bereich Soziales und Bildung ([siehe Seite 6](#)). Am Freitag, den 1. Juni, legt die Kommission dann den noch fehlenden sektorspezifischen Vorschlag zur Agrarpolitik vor. Endgültig abgesegnet wird das mehrjährige EU-Budget erst mit einer einstimmigen Entscheidung des Rates unter Zustimmung des Parlaments. Die Kommission forderte bei der Vorstellung der sektoralen Budgetvorschläge einmal mehr, zügig mit den Verhandlungen zu beginnen, sodass diese noch vor den Europawahlen 2019 ihren Abschluss finden können.

[Mehr Informationen](#)

[Factsheet](#)



Europäisches Parlament

Geplante Kilometer-Maut sorgt für Diskussionen

Die nach der positiven Abstimmung im EP-Ausschuss für Transport und Verkehr (TRAN) vom 24. Mai auf den Weg gebrachte Reform der europäischen Mautsysteme sorgt weiterhin für Debatten.

Die Reform sieht u.a. eine Vereinheitlichung der europäischen Mautsysteme auf eine kilometerbasierte Abrechnung vor (siehe [Tirol in Europa 20-18](#)). Das würde das Aus der zeitbasierten Vignette in Österreich bedeuten. Verkehrsminister Norbert Hofer sprach sich indessen für eine Beibehaltung der Vignette in ihrer derzeitigen Form aus und will sich im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft ab Juli dafür einsetzen.

Auf der Brennerroute würden die geplanten Bestimmungen eine Erhöhung der LKW-Maut um bis zu 50 % möglich machen, solange die daraus resultierenden Einnahmen vor Ort in die Verkehrs- und Bahninfrastruktur investiert werden.

Der Südtiroler MEP Herbert Dorfmann sieht dagegen in der geplanten Reform die „[Voraussetzung für die Korridormaut](#)“, die auch aus Tiroler Sicht sehr begrüßenswert für die Reduzierung des Umwegtransits wäre.

Aus Tiroler Sicht insbesondere zu bemängeln ist, dass in dem Gesetzesentwurf keine Bestimmung enthalten ist, die den einzelnen Alpenübergängen gleiche Kosten für den LKW-Verkehr vorschreiben würde.

Über die geplante Reform wird demnächst im Plenum des Parlaments abgestimmt, das darauf mit dem Rat über einen Kompromiss verhandeln wird.

[Mehr Informationen](#)

Verabschiedung der neuen Entsenderichtlinie

Am 29. Mai hat das Parlament in seiner Plenarsitzung endgültig die überarbeitete Entsenderichtlinie verabschiedet.

Mit der Absegnung werden künftig für alle entsandte ArbeitnehmerInnen die gleichen gesetzlichen Vergütungsregeln des Gastlands gelten. Damit wird dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ Rechnung getragen. Zusätzlich zu den gesetzlichen Bestimmungen können die Mitgliedstaaten regional repräsentative Branchentarifverträge anwenden.

Festgelegt wird auch die maximale Dauer einer Entsendung von bis zu 12 Monaten mit Option zur Verlängerung um weitere 6 Monate und die

Übernahme der Reise- und Übernachtungskosten durch den Arbeitgeber. Außerdem sieht die Richtlinie besseren Schutz vor Betrug vor.

Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die Vorschriften in nationales Recht umzusetzen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Salzburger Finanzskandal: Rat beschließt Strafzahlung für Österreich

Am 28. Mai verhängte der Rat eine Geldbuße in Höhe von 26,82 Mio. € gegen Österreich für die Manipulationen des öffentlichen Schuldenstandes im Zuge des Salzburger Finanzskandals.

Die Geldstrafe wurde auf Basis des [Abschlussberichts](#) der Kommission zu der Causa in den Jahren 2012 und 2013 beschlossen. Der Fall drehte sich um den durch Finanzmarktspekulationen einer Referatsleiterin entstandenen Schaden in Höhe von 340 Mio. € und der behördliche Umgang mit dem Fall durch die Salzburger Landesverwaltung.

In ihrem Bericht sah es die Kommission als erwiesen an, dass die Salzburger Landesregierung und der Landesrechnungshof es versäumt hätten, die Verschleierungen des tatsächlichen Schuldenstandes frühzeitig aufzudecken und zu unterbinden.

[Mehr Informationen](#)

Ergebnisse des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Bei seiner Sitzung am 25. Mai hat der Rat für Wirtschaft und Finanzen u.a. den Alterungsbericht angenommen und neue Transparenzregeln für SteuerberaterInnen festgelegt.

Der [Alterungsbericht](#) zeigt auf, dass der erwartete Rückgang der Bevölkerungszahlen im erwerbsfähigen Alter negative Auswirkungen auf das langfristige Wachstum haben wird, und Bevölkerungswachstum als primärer Wachstumstreiber durch Arbeitsproduktivität abgelöst werden wird. Untersucht wurde auch die Auswirkung der zunehmenden Alterung auf die öffentlichen Finanzen, wobei hier bis 2070 ein Anstieg der alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben um 1,7 % auf 26,6 % des BIP prognostiziert wird. Die reinen Pensionsausgaben sollen bis 2040 um 0,8 % des BIP steigen, danach aber wieder zurückgehen. Die Gesundheits- und Pflegeausgaben werden laut dem Bericht auf

10,4 % des BIP bis 2070 geschätzt, was einem Anstieg um ganze 2 % entspricht.

Neue [Transparenzregeln](#) kommen auf SteuerberaterInnen, WirtschaftsprüferInnen und Anwälte für Steuerangelegenheiten zu. Konkret sind Meldepflichten für potentiell aggressive Steuerregelungen geplant. Außerdem verabschiedete der Rat [Maßnahmen](#) zur Reduzierung des Finanzmarktrisikos und die Standardisierung der [Steuerbetrugsbestimmungen](#) in Abkommen mit EU-Drittstaaten.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Ergebnisse des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Bei seiner Ratssitzung am 22. und 23. Mai debattierte der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport die aktuellen Herausforderungen in den jeweiligen Bereichen.

Bei der Sitzung nahm der Rat überarbeitete [Empfehlungen](#) zu den Kernkompetenzen des lebenslangen Lernens an. Außerdem angenommen wurden [Schlussfolgerungen](#) zur Stärkung der inklusiven Bildung, der europäischen LehrerInnenbildung und zur Vertiefung des [Europäischen Bildungsraums](#).

Zudem diskutierte der Rat über das Innovationspotential von Universitäten, die Rolle der Bildung bei Antisemitismus, die Jugendberatung und die zukünftige europäische Jugend- und [Kulturpolitik](#) nach 2020.

Schließlich wurde auch das Problem des unerlaubten Imports von Kulturgütern, die europäischen Kulturhauptstädte 2022 und die Auswirkungen der geplanten Mehrwertsteuerreform auf kulturelle Bereiche besprochen.

Zu den einzelnen Themenbereichen wurden die MinisterInnen auch jeweils über die einzelnen Vorhaben der anstehenden österreichischen EU-Ratspräsidentschaft informiert.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

#BargainForTheBudget: Budgetdetails für die Bereiche Soziales und Bildung vorgelegt

Am 30. Mai präsentierte die Kommission die Detailvorschläge des neuen mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 für die Bereiche Soziales und Bildung.



Kernpunkt des Budgetentwurfs für die [EU-Sozialpolitik](#) ist die Verschmelzung der bestehenden Sozialfonds in einen neuen Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), der mit 101,2 Mrd. € dotiert werden soll. Darin aufgehen sollen der bisherige Europäische Sozialfonds (ESF), der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation und das EU-Gesundheitsprogramm. Die Verschmelzung soll Synergien schaffen, zu Bürokratieabbau führen und so den Zugang zu EU-Mitteln erleichtern. Der bestehende Fonds für die Anpassung an die Globalisierung soll über ein Budget von insgesamt 1,6 Mrd. € verfügen. Außerdem will die Kommission einen neuen [Fonds für Justiz, Rechte und Werte](#) schaffen, welcher für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit zuständig sein wird und mit 947 Mio. € ausgestattet werden soll. Darin enthalten sind bestehende und neue Programme zur Finanzierung von Projekten wie Förderungen für Schulungen, Programme des lebenslangen Lernens, justizielle Aus- und Weiterbildungskurse

und im Bereich Ausbau und Entwicklung von digitalen Technologien in der Justiz.

Zweck der EU-Sozialfonds ist die Umsetzung der [Europäischen Säule sozialer Rechte](#) und der Prioritäten des [Europäischen Semesters](#). Die soziale Säule hat zum Ziel, soziale Rechte in den Bereichen Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen und soziale Inklusion zu stärken. Darunter fallen beispielsweise das Recht auf lebenslanges Lernen, die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Kinderbetreuung und der Sozialschutz.

Für den [Bildungsbereich](#) schlug die Kommission, wie schon im ersten Budgetentwurf angekündigt, eine Verdopplung der Erasmus-Mittel auf 30 Mrd. € vor. Als eines der erfolgreichsten und bekanntesten Programme setzt die Kommission hier auf Bewährtes, um die innereuropäische Mobilität und Identität zu stärken. Konkret soll die Zahl der Begünstigten erhöht werden und mehr Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft einbezogen werden. Außerdem soll ein besonderer Fokus auf Studienprogramme mit viel Zukunftspotential in den Bereichen Klimawandel, Umwelttechnik und künstliche Intelligenz gelegt werden. Im Bildungsbudget enthalten ist auch die kürzlich gestartete Initiative DiscoverEU, mit denen kostenlose Interrail-Tickets finanziert werden sollen. Für den [Kulturbereich](#) schlägt die Kommission u.a. eine Erhöhung der Mittel für das Programm Kreatives Europa auf 1,85 Mrd. € vor.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Entwurf des EU-Haushaltsplans 2019

Am 23. Mai hat die Kommission ihren Budgetentwurf für das Jahr 2019 vorgelegt.

Der Vorschlag sieht eine Erhöhung um 3 % auf 166 Mrd. € gegenüber 2018 vor und unterliegt den im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 festgelegten Ausgabenlimits. Neben der Fortsetzung der laufenden EU-Programme sollen vor allem die Mittel für Horizon 2020 (+8,4 %),

Erasmus+ (+10,4 %) und Infrastruktur (+36,4 %) aufgestockt werden.

Das endgültige Budget wird basierend auf dem Vorschlag in Verhandlungen zwischen Rat und Parlament festgelegt.

[Mehr Informationen](#)

Kommission für umfangreiches Verbot von Einwegplastik

Mit den am 28. Mai präsentierten Vorschlägen für ein Verbot der weit verbreiteten Einwegprodukte aus Plastik sagt die Kommission dem Plastikmüllproblem den Kampf an.

70 % des Plastikmülls, das jedes Jahr in die Weltmeere gelangt, beläuft sich auf Fischfanggeräte und Einwegprodukte wie Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen, Einweggetränkebehälter und Luftballonstäbe. Künftig sollen diese nur mehr aus umweltfreundlichem Material bzw. ohne Kunststoff hergestellt werden dürfen.

Das Maßnahmenpaket sieht außerdem nationale Zielvorgaben für die Verbrauchsminderung sowie Verpflichtungen für die Hersteller von bestimmten Plastikprodukten zur Deckung der

Kosten für die Entsorgung und die Säuberung der Umwelt vor. Unter diese Bestimmungen fallen u.a. Behälter, Folienverpackungen, Luftballons, Tabakerzeugnisse und Kunststofftragetaschen.

Zudem sollen Zielvorgaben für die Sammlung von Plastikabfällen festgelegt und die Kennzeichnungsvorschriften standardisiert werden. Konkret sollen beispielsweise die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, bis zum Jahr 2025 eine Sammelquote von 90 % zu erreichen.

[Mehr Informationen](#)

KMU: Kommission will Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern

Die Kommission hat am 24. Mai Vorschläge vorgelegt, die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang zu Marktfinanzierungen erleichtern sollen.

Ziel des Gesetzesentwurfs ist der Abbau von Bürokratie durch die Änderung der bestehenden EU-Vorschriften für den Zugang zu öffentlichen Märkten. Die Vorschläge sehen unter anderem die Reduzierung des Prospektumfangs, Vereinfachungen bei der Handelsplatzregistrierung und die Lockerung der Informationspflichten vor. Diese Reduzierung des

Verwaltungsaufwands soll die einfachere Durchführung der Notierung und Wertpapieremission ermöglichen als auch bei den bereits notierten KMU-Titeln für größere Liquidität sorgen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Klimawandel: Kommission will Finanzwesen nachhaltiger machen

Mit den am 24. Mai präsentierten Maßnahmen will die Kommission eine bessere Verfügbarkeit von Finanzierungen der notwendigen Investitionen in eine CO2-neutrale Wirtschaft erreichen.

Um Finanzstabilität auf lange Sicht zu gewährleisten, sind weitreichende Investitionen in nachhaltige Infrastruktur und Technologien notwendig. Da sich bereits heute die durch die Auswirkungen des Klimawandels anfallenden Kosten auf 110 Mrd. € jährlich belaufen, sei laut Kommission die Sicherstellung der privaten Finanzmittel für die geplante Dekarbonisierung unerlässlich.

Konkret will die Kommission ein einheitliches EU-Klassifikationssystem (Taxonomie) schaffen, das

bestimmt, wann eine wirtschaftliche Tätigkeit und Investition ökologisch nachhaltig ist. Neben einer Klarstellung der Investorenpflichten für die Berücksichtigung der Faktoren Umwelt und Soziales sind auch Referenzwerte für geringe CO2-Emissionen und eine bessere Kundenberatung im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit vorgesehen.

[Mehr Informationen](#)

Finale technische Bestimmungen für ein faires und betrugssicheres Mehrwertsteuersystem

Nach der vorgeschlagenen Reform des europäischen Mehrwertsteuersystems letztes Jahr hat die Kommission am 24. Mai die endgültigen detaillierten technischen Änderungen vorgelegt.

Ziel des Maßnahmenpakets ist die Schaffung eines einheitlichen EU-Mehrwertsteuerraums. Bisher sind die Mehrwertsteuern in der EU nur einer vorläufigen Regelung unterworfen, die zu erheblichen Einnahmenverlusten von schätzungsweise 50 Mrd. € jährlich durch Betrug und erheblichen Verwaltungsaufwand für transnational tätige Unternehmen führt.

Neben Betrugsbekämpfung sieht der Mehrwertsteuerraum der Zukunft drei weitere Eckpfeiler vor: Die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für grenzüberschreitende tätige Unternehmen, größere Kohärenz durch Umstellung auf das Bestimmungslandprinzip und weniger Bürokratie durch die Vereinfachung der Vorschriften für die Rechnungslegung.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

4 % der EU-BürgerInnen im erwerbsfähigen Alter leben in einem anderen EU-Mitgliedstaat

Laut einer neuen von Eurostat veröffentlichten Statistik ist der Anteil der EU-BürgerInnen im erwerbsfähigen Alter von 2,5 % im Jahr 2007 auf 3,8 % im Jahr 2017 gestiegen.

An der Spitze liegt Rumänien mit einem Anteil von 19,7 %, während nur 1 % der Deutschen im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre) im Ausland lebt. Österreich liegt mit einem Anteil von ca. 3 % knapp unter dem Durchschnitt.

Wenig überraschend sind Hochschulabsolventen in der Regel mobiler als die übrige Bevölkerung und die Erwerbstätigenquote (76,1 %) mobiler EU-BürgerInnen höher als die der gesamten Bevölkerung (72,1 %).

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung der direkten Mittelverwaltung im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds \(EMFF\)](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
28. Mai 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse](#)

Öffentliches Gesundheitswesen, Steuern
23. Mai 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht \(EMCDDA\)](#)

Grenzen und Sicherheit, Öffentliches Gesundheitswesen
18. Mai 2018 - 10. August 2018

[Öffentliche Konsultation als Beitrag zur Eignungsprüfung für die Luftqualitätsrichtlinien der EU](#)

Umwelt
8. Mai 2018 - 31. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung des 7. Umweltaktionsprogramms](#)

Umwelt und Klimaschutz
3. Mai 2018 - 26. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt](#)

Beschäftigung und Soziales
2. Mai 2018 - 31. Juli 2018

[Studie zur Unterstützung der Bewertung des Gebührensystems der Europäischen Arzneimittel-Agentur](#)

Öffentliches Gesundheitswesen
2. Mai 2018 - 2. August 2018

[Öffentliche Konsultation über Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
30. April 2018 - 25. Juni 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michael Jennewein, BA

Abbildungsverzeichnis

Seite 6: <https://www.pexels.com/de/foto/geld-banknoten-kasse-euro-63635/>